

EIN LINKER., Postfach 3021, 42477 Radevormwald

**Stadtverwaltung
Der Bürgermeister**

Hohenfuhrstr. 13
42477 Radevormwald

Peter Fritz Sebastian Ullmann

Stadtverordneter

Kirchstr. 5
42477 Radevormwald
Telefon: 0178 / 696 434 0
Telefax: 03222 / 646 20 27
Skype: fritz.ullmann
ICQ: 644 072 575
fritz.ullmann@ein-linker.de
EIN LINKER im Rat der Stadt Radevormwald
Postfach 3021
42477 Radevormwald
Telefon: 0160 / 5000 734
<http://www.ein-linker.de>

**Antrag an den Rat der Stadt Radevormwald
Einrichtung des folgenden Tagesordnungspunktes
Schaffung einer Stelle für einen Integrationsbeauftragten**

Radevormwald, den 27. November 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

es wird zur Tagesordnung beantragt, folgenden Antrag im öffentlichen Teil der Sitzung zu diskutieren:

Die Verwaltung der Stadt Radevormwald wird beauftragt, die Möglichkeit der Schaffung einer Stelle für einen Integrationsbeauftragten der Stadt Radevormwald zu prüfen. Es sind entsprechende Gespräche mit der Kommunalaufsicht zu führen. Gegebenenfalls ist die zu schaffende Stelle in der Haushaltsplanung für das nächste Jahr zu berücksichtigen. Die mögliche Beantragung von Landesmitteln nach dem voraussichtlich am 21. Dezember zu beschließenden Landesintegrationsgesetz ist hierbei ebenfalls zu prüfen.

Der Antrag wird wie folgt begründet:

Die Stadt Radevormwald muss sich den Herausforderungen einer offenen Stadtgesellschaft offensiv stellen. Um die hierfür nötigen Konzepte zu entwickeln, Maßnahmen zu planen, zu koordinieren, einen aktiven Kontakt mit Vereinen und sonstigen Organisationen des öffentlichen Lebens, sowie öffentlichen Institutionen (wie bspw. gegenwärtig der Mobilen Beratungstelle gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln) zu pflegen und in diesen Prozess sowohl die Stadtverwaltung wie den Integrationsrat einzubinden benötigt die Stadt personelle Ressourcen.

In Anbetracht der Bedrohung, welche Gruppen wie die sog. „Bürgerbewegung pro NRW“ oder der neofaschistische „Freundeskreis Radevormwald“ in Radevormwald für eine Festigung der städtischen Gesamtgesellschaft darstellen, erscheint die Schaffung einer solchen Stelle als notwendige und keinesfalls freiwillige Maßnahme.

Die voraussichtliche Unterstützung solcher und anderer Maßnahmen zur Förderung der Integration durch das Land NRW begünstigen des Weiteren die Umsetzung.

Eine weiterführende Begründung kann mündlich erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

Fritz Ullmann

Stadtverordneter im Rat der Stadt Radevormwald